

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHERN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8.
Verlag: Otto Sillter, Berlin N. 28, Anklamstr. 27, 1.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidegütz.
Redaktionschluss, Sonnabend

Insertion.

Für die vierzespaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

In Deutschland:

Augsburg. Süddeutsche Druckereigesellschaft.
Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann.
Berlin. Angerer (Kupferdrucker).
Berlin. Tapeten-Fabrik Liepmann (Formst.).
Beuel a. Rh. Engelhard & Schlew Kommandit-Gesellschaft (Tapetendr.).

Braunschweig. Deutsches Blechwarenwerk.

Chemnitz. A. Jülich; Köhler & Richter (Chemigr.).

Crossen a. Mulde. C. F. Leonhardt, Steindruckerei.

Dresden. Mittelbach; C. Schemmel; Stengel & Co.; Mejo & Markert (Chem.).

Erfurt. Ohjenrot'sche Buchdruckerei, Inh. Georg Richters (Chemigr.).

Frankfurt a. M. Heß & Janke.

Hamburg. Nelles & Co (Chemigr.). H. Carly, (Lithogr. und Steindr.).

Köln a. Rh. Blechemballagefabrik Pepsys & Waldhausen (Lith. u. Steindr.).

Flammersheim & Steinmann (Formst. u. Tapetendr.).

Kötzschenbroda bei Dresden. Robert Mittelbach, Kunstanstalt Olobus.

Leipzig. Mejo & Springer; C. Wittstock (Chemigr.).

Stuttgart. Gebr. Rößle (Chemigr.).

Im Ausland:

Belgien. Bruges: La Lithographie Artistique, Desecleé De Brouver L.
Brüssel: Rissel & Co. (Formst.).

Holland. Krommenie: Verwers Metaal-drukkery (Lithogr. und Steindr.).

Italien. Livorno: (alle Branchen).

Oesterreich. Mähren, Schlesien, Lemberg.

Rußland. Lodz (Russ. Polen). R. Register.

Schweden. Malmö: Stansk Lith. Aktie Bolaget.

Schweiz. Für Chemigraphen zwecks Ein- und Durchführung des Tarifs.

Basel: Manissadjian & Co.; Wtw. Hindermann, lith. Anstalt.

Vevey: Privatlithograph. M. Malogani.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Waffenstillstand! Rundschau. Genossenschaftliche Monatschau. Das Recht zu streiken. Das mittelalterliche Handwerk. IV. — *Allgemeines:* Unser Handbuch, III. Ortsberichte: Brandenburg, Hannover, Heilbronn, Leipzig, Stuttgart. — *Der Lithograph:* Das Wettbewerbs-schreiben der Hannoverschen Mittelgesellschaft. Aus den Sektionen: Berlin, Leipzig. — *Der Steindrucker:* Aus den Sektionen: Berlin. — *Die photomech. Fächer:* Aus den Sektionen: Berlin (Lichtdr.), Leipzig (Lichtdr.), München (Chem.). — *Photogr. Mitarbeiter:* Aus den Sektionen: Berlin. — *Die Tapetenbranche:* Aus den Sektionen: Berlin, Coswig, Itzehoe, Nordhausen. — *Feuilleton:* Eingänge. — *Anzeigen.*

Waffenstillstand!

Der Schutzverband hat mit seiner Aussperrungsandrohung einen überaus kläglichen Reifall erlebt. Er mußte die Kündigungen in den bayrischen Schutzverbandsfirmen, die er am 5. Februar aussprechen ließ, noch zeitiger zurückziehen, als die Kündigungen im übrigen Deutschland erfolgen sollten. Zu letzteren kam es — mit Ausnahme von Leipzig, wo von 17 Schutzverbandsfirmen ganze 9 etwas voreilig auf den Leim gingen und schon am 11. Februar kündigten — überhaupt nicht. Als einziges Ergebnis seines wahnwitzigen Aussperrungs-fiebers bleibt also dem Schutzverband nur eine Riesenblamage.

Zu dem kläglichen Fiasko hat die ruhige und entschlossene Haltung der graphischen Arbeiterschaft den Hauptteil beigetragen. Die Organisationen der Lithographen und Steindrucker, des graphischen Hilfspersonals und der Buchbinder waren von dem festen Willen beseelt, den provokatorischen, die Ruhe im Gewerbe schwer gefährdenden Kriegstreiberien des Schutzverbandes ein kraftvolles Paroli zu bieten. Dieser feste Wille kam auf den Vertreterkonferenzen, die alle drei Verbände im Laufe der vergangenen Woche abhielten, klar und bestimmt zum Ausdruck.

Unsere Organisation hatte die Vorstandsvertreter der größeren Mitgliedschaften für den 9. Februar nach Halle zu einer Besprechung über das gewerbeschädigende Vorgehen des Schutzverbandes zusammenberufen. Die Konferenz nahm nach eingehender Beratung Stellung zu der von der Schutzverbandsleitung eingeleiteten Aussperrung und beschloß einstimmig, den aufgezwungenen Kampf gegen die scharf-

macherische Arbeitsordnung mit aller Schärfe zu führen und ebenso auf Regelung der Münchener Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu dringen. Um diesen Kampf mit allem Nachdruck zu einem für die Kollegenschaft guten Ende zu bringen, fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heutige Konferenz steht nach reiflicher Beratung über die gegenwärtige Situation auf dem Standpunkte, daß der Verband sich nach den getroffenen Maßnahmen des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer für einen größeren Kampf vorzubereiten hat. Daher beschließt die Konferenz zur Sammlung weiterer größerer Geldsummen für Unterstützungszwecke eine entsprechend hohe Extrasteuer, und zwar für die Dauer des Kampfes, zu erheben. Die Konferenz beauftragt den Hauptvorstand und Ausschuß, sobald durch Verhandlungen keine Verständigung erfolgt, diese Extrasteuer auszusprechen.“

In ähnlicher Weise votierten und rüsteten die Konferenzen der beiden anderen Organisationen. Ruhiger Ernst und kaltblütige Entschlossenheit gaben allen Beratungen das Gepräge.

Anders lagen die Dinge beim Schutzverband. Das brutale Vorgehen der Leitung fand nur bei denen, die aus der ganzen Bewegung durch die Ruinierung unliebsamer Konkurrenten etwas zu erben hofften, rückhaltlose Zustimmung. Die große Mehrzahl der besonnenen Steindruckereibesitzer sah der weiteren Entwicklung der Dinge mit recht gemischten Gefühlen entgegen. Andere verweigerten der maßlos kriegslüsterne Leitung überhaupt die Gefolgschaft. Dies zeigte sich zunächst in Leipzig, wo der Kündigungstag nicht Sonnabend, sondern Freitag ist. Die Parole des Schutzverbandes hätte also, da sie bis Freitag, den 11. Februar noch nicht widerrufen worden war, allgemein ausgeführt werden müssen. Aber unter 17 Firmen wurde sie, wie erwähnt, nur von 9 befolgt. Fast die Hälfte der Firmen pfiff also auf die Verfügung der Leitung. In anderen Städten würde es jedenfalls ähnlich gewesen sein, wenn die Scharfmacher nicht noch rechtzeitig zur Besinnung gekommen wären. In Nürnberg, wo die Nichtschutzverbandsfirmen ebenso wie die Mitglieder des Schutzverbandes dessen Arbeitsordnung in verschärfter Form durchzuführen versuchten, bewilligte die größte Nichtschutzverbandsfirma, statt zu kündigen, sofort die 5 1/2 stündige wöchentliche Arbeitszeit und zog die Arbeits-

ordnung glatt zurück. Mit welcher mitleid-erregenden Angst man den kommenden Dingen entgegenschau, zeigt ein Kündigungsbrief, durch den eine Reihe bayrischer Firmen der Parole des Schutzverbandes Rechnung trugen. In diesem Brief wird zunächst das Bedauern darüber ausgesprochen, daß man auf Grund der Bestimmungen des Schutzverbandes veranlaßt sei, kündigen zu müssen. Nachdem man sich bei dem Gekündigten dafür genügend entschuldigt und alle Schuld auf den Schutzverband geladen hat, schließt man den Brief mit folgenden wehleidigen Sätzen:

„Es ist unser inniger Wunsch, daß innerhalb der Kündigungsfrist die bestehenden Differenzen durch Verhandlungen zwischen der Leitung des Schutzverbandes und jener der Arbeiterorganisationen beseitigt werden und wieder friedliche Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Platz greifen möchten. Das Interesse unseres Gewerbes erfordert, daß beide Teile ihr Möglichstes tun, um den Frieden wieder herzustellen.“

Daß die Schutzverbandsleitung angesichts dieser Stimmung in den Reihen der Schutzverbandsmitglieder eifrig bemüht war, den Eifer anzufeuern und den Mut zu heben, wird ihr niemand verübeln. Anders wird die Sache aber, wenn sie dabei Mittel anwendet, die einer groben Irreführung ihrer Mitglieder und der gesamten Öffentlichkeit verheerend ähnlich sehen. Und derartige Mittel benutzte die Schutzverbandsleitung tatsächlich! Durch Waschzettel, die sie an die Unternehmer- und Fachpresse sandte, und durch Zirkulare, die sie an das Unternehmertum des Steindruckgewerbes und an die Arbeiterschaft in den Schutzverbandsbetrieben richtete, suchte sie das Unmögliche möglich zu machen, nämlich den Mohren weiß zu waschen und die Verantwortung für ihr unverantwortliches Vorgehen den Arbeiterorganisationen in die Schuhe zu schieben. Die Zirkularüberschrift »Zur Aufklärung« erhöht dabei nur noch den Abscheu vor derartigen Rechtfertigungsversuchen, bei denen die Wahrheit direkt unter die Füße getreten wird. Dafür nur einige Proben!

Die Schutzverbandsleitung unterstellt uns, daß wir an den Vereinbarungen von 1906 rütteln wollten. Das sagen dieselben Leute, die durch ihre Zuchthausordnung diese Vereinbarungen direkt zu durchbrechen suchten! Die Arbeitsordnung rüttelt an dem in den Vereinbarungen festgelegten Prinzip der täglichen 8 bis

Genossenschaftl. Monatsschau.

Berlin, den 12. Februar 1910.

Außerordentliche Generalversammlung der deutschen Großkaufsgesellschaft. Ihr Jahresumsatz 1909. Der Zentralverband und seine Einrichtungen 1909. Die englische Großkaufsgesellschaft im verflossenen Jahre. Gehe hin und tue dergleichen.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Großkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine fand am 17. Januar in Hannover statt. Ihre Einberufung erwies sich als notwendig, weil die Großkaufsgesellschaft verschiedene Bauten vorzunehmen hat, wozu die Generalversammlung ihre Einwilligung erteilen mußte, die statutenmäßig bei allen Bauten, deren Kosten höher wie 100000 Mk. sind, erforderlich ist. Die Großkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine plant eine bedeutende Erweiterung ihres Verwaltungsgebäudes in Hamburg, das sich jetzt schon als zu klein erweist, obwohl es erst Ende 1907 bezogen wurde. Zur Hauptsache ist dieses allerdings auf das Anwachsen der Druckerei und Buchbinderei der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die im gleichen Hause untergebracht sind, zurückzuführen. In Hamburg soll auch ein neues Lagerhaus errichtet werden mit vergrößerter Kaffeerösterei, Gewürzmühle u. a. m.; ferner bedarf das Lagerhaus in Mannheim dringend einer Vergrößerung, während in Gröba-Riesau auf dem Terrain der Seifenfabrik der Großkaufsgesellschaft ein neues Lagerhaus entstehen soll. Die Generalversammlung erteilte allen diesen Bauplänen ihre Genehmigung. Außerdem fehlte es nicht an Wünschen um Errichtung von Lagerhäusern an anderen Orten, denen aber erst nähergetreten werden kann, wenn der Umsatz in jenen Gegenden so groß ist, daß sich ein Lager auch rentabel erweist. Nach Vornahme einer Ersatzwahl in den Aufsichtsrat wurde die außerordentliche Generalversammlung in Hannover geschlossen. Sie war kurz und hatte nur rein geschäftliche Fragen zu erörtern; ihre Bedeutung besitzt sie aber trotz alledem, weil auch ihre Beschlüsse Beweis ablegen für die erfreuliche Entwicklung der Großkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine.

Allerdings hat diese im Jahre 1909 als wirtschaftliches Unternehmen der Konsumvereine etwas stärker auf die allgemeine Wirtschaftskrise reagiert, als die einzelnen Vereine. Aber ihr Umsatz wird immerhin noch 70 Millionen Mark erreichen. Genauere Zahlen liegen noch nicht vor.

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine hat sich im vergangenen Jahre vortrefflich entwickelt, und zwar trotz aller Repressalien in Form von Steuerbedrückungen, erzwungenen Beamtenaustritten aus Konsumvereinen usw. Alle diese Machenschaften scheinen ihm selbst nicht allzusehr zu schaden, denn die Zahl der ihm angeschlossenen Vereine stieg von 1068 auf 1124, und die erste Million Mitgliederzahl von 3527 auf 3885, ihre Beiträge von 339000 Mark auf 370000 und ihr Vermögen von 744000 Mk. auf 1096000 Mk., also um über eine Viertelmillion in einem Jahre. Sodann wurde ein ständiges Rechtsbureau für die Vereine des Zentralverbandes unter Leitung von Dr. R. Riehn eröffnet und eine große Papierwarenfabrik in Betrieb gesetzt, die eine bedeutende Erweiterung der schon länger musterartig eingerichteten Verlagsanstalt nebst großem modern eingerichteten Druckereibetriebe darstellt. Es mag nur bemerkt sein, daß in der Papierwarenfabrik zehn große Maschinen »laufen«, von denen eine Anzahl recht komplizierter Art sein müssen, da sie Falzen, Bekleben und Drucken von 100—150 Tüten in einer Minute zu besorgen haben. Beschäftigt sind allein in diesen Betriebe 150 Personen.

Die Genossenschaftsbewegung in Deutschland wird aber trotz ihrer guten und starken Entwicklung durch die Genossenschaftsbewegung in England, dem klassischen Mutterlande genossenschaftlicher Organisation, noch weit in den Schatten gestellt. Das lehrt ein Vergleich der oben angegebenen Umsatzsumme der deutschen Großkaufsgesellschaft mit der der englischen, deren geschäftliche Ergebnisse im Jahre 1909 in ihrer Preisliste bereits bekanntgegeben sind.

Darnach hat der Gesamtumsatz der englischen Großkaufsgesellschaft die erste halbe Milliarde überschritten; er beträgt 513 460 000 Mk. und ist um 15 400 000 Mk. höher als im Jahre 1908. Die Produktionsabteilungen sind an diesem Umsatze mit 124 100 000 Mk. beteiligt; sie haben demnach im Jahre 1909 für 91 200 000 Mk. mehr geliefert als im Vorjahre. Von dem Gesamtumsatze entfallen auf Kolonialwaren und Lebensmittel 419 480 000 Mk. auf Konfektions-, Schuh-, Tuchwaren, Möbel usw. 93 980 000 Mk. Im Vorjahre bezifferte sich der Umsatz in Kolonialwaren und Lebensmitteln auf 404 740 000 Mk., in Konfektions-, Schuh-, Tuchwaren, Möbeln usw. auf 93 320 000 Mk. Von den eigenen Fabriken hergestellten Gütern sind Lebensmittel und Genußmittel im Betrage von 100 800 000 Mk. andere Artikel im Betrage von 23 300 000 Mk. Im Vorjahre wurden produziert Lebensmittel und Genußmittel für 91 780 900 Mk., andere Artikel für 23 200 000 Mk.

Die selbstproduzierten Lebensmittel und Genußmittel machen 24%, die selbstproduzierten sonstigen Güter 24,8% des respektiven Gesamtumsatzes dieser beiden Hauptabteilungen aus. Im ganzen beträgt das Verhältnis der selbstproduzierten Waren zum Gesamtumsatz 24,2%. Gegen das Vorjahr ist der Wert der in eigenen Fabriken hergestellten Güter um 7,9% gestiegen.

Diese erfreuliche Entwicklung lehrt, daß das englische Volk den Wert der genossenschaftlichen Organisation vollständig begriffen hat. Dem deutschen Konsumenten muß immer wieder gesagt werden: Gehe hin und tue dergleichen! K. K.

Das Recht zu streiken.

Seitdem die Arbeiter unter dem Drucke des ausbeuterischen Kapitalismus sich zu koalieren begonnen haben, wird von den Helfershelfern und Zutreibern des Ausbeutertums immer wieder die Frage aufgeworfen: Darf es ein Recht zu streiken geben? Ist der Streik nicht ein Verbrechen? Geht es an, die Produktion, ja die Volkswirtschaft überhaupt durch Arbeitsniederlegung zu stören? Kurz, in den Augen der Kapitalisten aller Farben und in den Augen ihrer bürokratischen und pfäffischen Diener ist der Streik geradezu ein Verbrechen, eine Sache, die absolut nicht geduldet werden sollte und die ärger ist als Hochverrat oder Raubmord, da er sich ja gegen den dreimal geheiligten Profit — oder wie die Unternehmer und ihre Lakaien sagen: gegen die Interessen der Industrie, der Gesellschaft, des Staates — richtet und die Existenzbedingungen der Gesamtheit in Frage stellt, erschüttert, vernichtet.

Auf dem Wiener Kongresse des Vereins für Sozialpolitik ist diese Anschauung, die so sehr den Interessen des schäbigsten, schmutzigsten Ausbeutertums entspricht, zum Ausdruck gekommen, und wenn sie auch nicht ohne entschiedenen Widerspruch geblieben ist, so bleibt die Tatsache doch bemerkenswert wegen des Umstandes, daß sie gerade dort ausgesprochen wurde, wo man sie — wenn man ein naiver Anbeter bürgerlicher Autoritäten ist — am wenigsten erwartet hätte: ausgerechnet im Verein für Sozialpolitik! Was müssen das für »Sozialpolitiker« sein, so muß man fragen, die dasjenige Mittel preiszugeben bereit sind, ja mehr als das: die das Mittel perhorreszieren (verabscheuen), welches in letzter Linie von den Arbeitern zur Förderung und Herstellung sozialpolitischer Reformen angewendet werden kann? Allerdings, es sind nur bürgerliche Sozialreformer gewesen, die diesen absonderlichen Standpunkt vertraten, nur Bürokraten und arbeiterfeindliche Klassenpolitiker. Davon abgesehen, muß aber zugegeben werden, daß die Ansicht, die Sozialpolitik könne auch ohne Streikrecht auf ihre Rechnung kommen, in bürgerlichen Kreisen weit verbreitet ist. Man sträubt sich zwar sehr entrüstet gegen den Verdacht, daß man dem Arbeiter nicht gönnen wolle, was des Arbeiters ist, und selbst der anmaßendste Scharfmachersekretär behauptet mit geschwollener Phrase, daß es ihm fernliege, das Koalitionsrecht der Arbeiter anzutasten. Wenn es aber zur Anwendung dieser schönen Theorie auf die Praxis kommt, dann meint so ein »Sozialpolitiker« gar treuherzig: Vertraut Eurem Herrn, Ihr Arbeiter, lebet in Frieden mit ihm, er meint es immer gut mit Euch, und wenn er »nein« sagt, dann dürft Ihr es ihm glauben: der arme Kerl kann wirklich nicht. Er möchte Euch gar so gerne helfen, aber... Also nur keinen Streik, das ist ein überlebens- und für unsere Zeit unbrauchbares Aushilfsmittel! Arbeit und Kapital haben doch gleiche Interessen (!), geht es dem Unternehmer gut, dann geht es auch den Arbeitern nicht schlecht. Leben und leben lassen! Der Unternehmer muß verdienen, er ist der Wohlthäter seiner Arbeiter, denn er »gibt« ihnen Arbeit, gibt ihnen Brot.

So oder ähnlich lautet die Philosophie der Herren Professoren usw., die »Auch«-Sozialpolitiker sind, und sie bilden sich ein, daß die Arbeiter noch so dumm sind, das Fadenscheinige ihrer Sophisterei nicht zu durchschauen; bilden sich ein, daß die Arbeiter es nicht merken, wie die fingerfertigen Herren hurtig ihr kapitalistisches Ausbeuterinteresse mit dem allgemeinen Interesse zu verhalten bestrebt sind, wie sie ihren Klassenegoismus als öffentliches Wohl zu frisieren verstehen, anstatt die langweiligen Robtäuscherkünste durch das ehrliche Bekenntnis abzukürzen. Ja, der Kampf um den Arbeitsertrag ist im Grunde genommen eine Machtfrage. Aber die Leuten führen unentwegt ihre dummen Schacherkünste auf, wie sie auf den Märkten des Ostens noch allgemein üblich sind, und wollen den Arbeitern einreden, daß sie zwar die Pflicht zur Arbeit — ohne Rechte — haben, daß jedoch die Unternehmer das ausschließliche Recht zur Lohnbestimmung — ohne Pflichten — besitzen, daß dies ein natürlicher, selbstverständlicher, vom lieben Herrgott selbst gewollter Zustand sei, an dem zu rütteln freivelhaft wäre. Wer kennt nicht die Fabel vom Fuchs, der den Gänsen predigt? Nur, daß die Herren Industriellen manchmal keine Füchse und die Arbeiter keine Gänse sind!...

Aber die Arbeiter erfahren es täglich und stündlich, daß es in der Welt des Kapitalismus, wo die wenigen alles besitzen, was zum Leben notwendig ist, die vielen aber nichts als ihre Arbeitskraft, keinen Frieden, sondern nur einen ewigen Krieg gibt, daß die holden Harmoniedueller die rüdigsten Wölfe sind, welche nur zeitweilig den Schafpelz umhängen,

und daß die sozialen Friedensfreunde bürgerlicher Herkunft die gefährlichsten Bedroher des guten Einvernehmens zwischen Arbeitern und Unternehmern sind. Wie schön wäre der ewige Friede, wenn nicht das unerbittliche Profit- und Wucherinteresse des kapitalistischen Ausbeutertums immer wieder die Arbeiter davon überzeugen würde, daß er innerhalb der kapitalistischen Wirtschafts-anarchie eine blanke Unmöglichkeit ist, daß der Friede, den die Kapitalisten wollen, nur in der Knebelung der Arbeiter besteht und in Wirklichkeit nur möglich wäre, wenn die Arbeiter auf jede Geldtendmachung eines selbständigen Willens verzichten würden. Dieselben bürgerlichen Sozialpharisäer, welche behaupten, daß es zwischen Kapital und Arbeit keinen Interessengegensatz gebe oder daß derselbe, wenn er schon und soweit er besteht, stets und unter allen Umständen ohne die Benutzung des Koalitionsrechtes, jedenfalls ohne den Gebrauch der Streikwaffe ausgetragen werden könne, eben dieselben Leute können ohne die stärkste Rüstung, ohne die ärgste Scharfmacherei gegen die Arbeiter nicht leben. Nach Anschauung dieser sonderbaren Sozialphilosophen gibt es nur zwischen den Nationen Ursachen zum Kriege, nicht aber zwischen den Klassen einer Nation. Wir Sozialdemokraten aber sind anderer Ansicht: nicht der französische Proletarier bedroht den deutschen Proletarier, nicht der russische Arbeiter schädigt den österreichischen Arbeiter, sondern der deutsche Proletarier wird vom deutschen Junker, vom deutschen Agrarier, vom deutschen Industriellen, vom deutschen Bürokraten bedroht und geschädigt; und ebenso ergeht es dem österreichischen Arbeiter, dessen Todfeind der österreichische Bourgeois ist, mag er nun diese oder jene Nationalfarbe tragen, der von den Arbeitern den sozialen Frieden mit Gewalt und um jeden Preis erpressen will, indem er ihnen das elementarste Recht, das der Koalition, zu rauben sucht. Denn darüber gibt es keine Diskussion: Wer das Streikrecht leugnet, der verwirft das Koalitionsrecht, und es ist nur ein müßiges Spiel mit Worten, wenn uns die bürgerlichen oder gelben Friedenspressen beteuern, daß sie nur das Streiken, nicht aber das Koalitionsrecht, treffen wollen.

Aber wie ist uns denn? Kann man die Behauptung, das Streikrecht verleihe sich nicht mit den heutigen Wirtschaftsverhältnissen, weil ja das Manchesterium schon durch eine offizielle und freiwillige Sozialpolitik überwunden sei, überhaupt ernst nehmen? Selbst wenn es wahr wäre, daß das Streiken nur aus der Manchesterlehre vom freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte abgeleitet werden könne, ist es denn auch wahr, daß das Prinzip der freien Konkurrenz vollständig aufgehoben ist, daß die Ursachen, welche den ständigen und unaufhörlichen Kampf um den Anteil am Arbeitsertrage bedingen und erzwingen, endgültig beseitigt sind und nicht mehr bestehen? Bloß wegen des biblischen Arbeiterschutzes und Arbeiterversicherung? Wegen des täuschenden Scheines der staatlichen Sozialreform, die dem Kern der Lohnfrage bisher im Interesse der Kapitalisten stets aus dem Wege gegangen ist? Die Wahrheit ist, daß die Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer nach wie vor weitergeht, daß die staatliche und kommunale Sozialpolitik ebensowenig wie der Schwindel mit den sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen der Unternehmer etwas Wesentliches daran geändert hat und daß der Klassenstaat auch nichts daran ändern will.

Solange es daher eine Ausbeutung geben wird — und die wird bestehen, solange der Kapitalismus besteht, wird es an Ursachen und Notwendigkeiten zum Streiken nicht fehlen, wird das Streikrecht nicht aus der Welt geschafft werden können. Erst wenn die Herren Ausbeuter auf ihren Absolutismus und ihr feudales Herrenrecht verzichten werden, würden die Arbeiter bereit sein, das Recht des Streiks — ihr äußerstes und letztes Zufluchtsmittel — aufzugeben. Solange aber die Unternehmer ihr wirtschaftliches Faustrecht ausüben und nur vor der Arbeitsniederlegung zurückweichen, solange können und werden sich die Arbeiter ihr fundamentalstes, ihr Grundrecht nicht nehmen lassen. Von zwei Dingen eins: Entweder ist die Arbeit eine öffentliche Pflicht, dann muß sie auch für die Unternehmer gelten, dann dürfen die Arbeiter unter gar keinem Vorwande auf die Straße gesetzt und müssen ihre Interessen gegenüber den erbärmlichen Streikbrechern energisch geschützt werden, weil die ehrlichen Arbeiter die wirklich Arbeitswilligen sind, nicht aber jene, die aus Dummheit, oft auch aus Lumperei und Feigheit zu Verrätern an der Sache der Arbeiterschaft werden. Oder die Arbeit ist Sache des »freien« Vertrages — dann gilt eben das von den Herren Scharfmachern proklamierte Kriegsrecht. Die Arbeiter sind nicht für den Kampf; wenn es aber anders nicht geht, dann muß eben durch die Anwendung des Streikrechtes entschieden werden, ob das nackte Profitinteresse des Ausbeutertums über dem Wohle der Gesellschaft steht und ob die brutale Gewalt der Kapitalistenklasse — die sich freilich in saubere Gesetzesparagrafen kleiden kann — ausschlaggebend ist. So steht die Sache, und daran werden alle Rabulistikere unweissend, aber zynisch aufgeblasener Scharfmachersekretäre nichts ändern. K.

Das mittelalterliche Handwerk.

IV. Die Gesellenorganisationen.

Das patriarchalische Verhältnis, das einigende soziale Band, währte jedoch nicht lange. Zwischen Meister und Geselle entstand sehr bald ein Gegensatz, der im Laufe der Zeit sich mehr und mehr verschärfte. Schon im 13. Jahrhundert haben wir die ersten Nachrichten über einen besonderen Knechtsstand. Die Macht der Zünfte und ihr steigender Wohlstand hatte die Meister stolz und hochmütig gemacht. Ihre ökonomische und politische Macht mißbrauchten sie gegen jede freiheitliche Regung der Gesellen.

Zogen früher Meister und Gesellen gemeinsam in den Krieg, so hatten die Meister diese Pflicht den Gesellen aufgebürdet, allerdings wurden sie dafür aus der Zunftkasse bezahlt. Die Zahl der beschäftigten Gesellen bei einem Meister betrug jetzt oft fünf und noch mehr. Aus dem geschickten Vorarbeiter war jetzt der Antreiber, der sich immer mehr der Arbeit zu entledigen suchte, geworden. Mit der Einführung eines bis in das Kleinste gehenden Stücklohnes befreite sich die Meisterschaft auch dieser lästigen Arbeit. Schon frühzeitig erzählen uns die Chroniken von der viel zu geringen Kost und der vielen Arbeit, welche die Meister forderten. Aus den Trinkstuben wurden die Gesellen auch bald ausgeschlossen, doch war es ihnen auch verboten, sich eigene zu schaffen. Um 9 und 10 Uhr fanden die Gesellen verschlossene Türen, wer in der Polizeistunde nach Hause kam, hatte außerordentlich hohe Strafen zu erwarten. Auch war man bemüht, die Zahl der freien Tage zu verringern; jeder Tag Müßiggang wurde mit einer Geldstrafe, die in die Buchse der Meister floß, geahndet. Gegen die Zünfte, die doch die politischen und rechtlichen Machtmittel in ihrer Hand hatten, war es den Gesellen fast unmöglich, ihr gutes Recht zu finden. — Die armen und kranken Gesellen wurden nur in den seltensten Fällen unterstützt. So war in jeder Hinsicht das einigende Band zerrissen worden. Wollten die Gesellen nicht gänzlich unter die Botmäßigkeit der Meister kommen, so bestand für sie nur eine Möglichkeit, die Zusammenfassung aller Kräfte in Interessengemeinschaften, in Organisationen. Bald beschritten sie auch diesen Weg und suchten mit bewundernswürdiger Energie ihre Position zu wahren. Damit hatte auch die sozialrechtliche Kluft zwischen Meister und Gesellen ihren deutlichsten Ausdruck gefunden.

Die erste Form der Gesellenorganisationen bildeten die kirchlichen Bruderschaften, die zu einem großen Teil von der Kirche begünstigt wurden. Lag es doch im Fühlen des Mittelalters, durch äußeren Glanz und Prunk die Aufmerksamkeit zu fesseln; um wieviel mehr hatte die Kirche Interesse daran, die jungen, kräftigen Gesellen, die zu Prozessionen als eigene Korporationen auftraten und da schon durch ihre große Zahl imponierten, für sich zu gewinnen. Und daß es die Gesellen bei solchen Gelegenheiten an Pracht und Herrlichkeit nicht fehlen ließen, zeigen uns die Bäckerknechte zu Kolmar, die für ihre Kerzen 20 Gulden aufgewendet hatten. Dann aber auch waren die Gesellen willkommen Bundesgenossen bei den häufigen Konflikten der Kirche mit der weltlichen Macht. Dazu kam noch, daß man sie aus der Zunft ausgeschlossen hatte, und da nur in der Vereinigung die Person zur Geltung kam, die ja im ganzen Mittelalter die Trägerin des Talents und der Geschicklichkeit war, so war unter den vorhandenen Bedingungen diese Art der Organisation die einzig mögliche.

Die Bruderschaften waren alle »zum Lobe Gottes des Allmächtigen, seiner hochwürdigsten Mutter Maria und allen Heiligen zum Lobe« ins Leben gerufen worden, so verkündeten uns wenigstens ihre alten Urkunden. Sie waren in der Hauptsache Unterstützungskassen für arme und kranke Brüder. Im Spital hatten sie zu diesem Zweck eine Anzahl Betten stehen. Mit Zustimmung aller Brüder konnten nur Geldunterstützungen ausgezahlt werden. In eigenen Kapellen stülte man sein religiöses Bedürfnis und beim Tod eines Gesellen geleiteten ihn sämtliche Genossen zu Grabe, ließen ihm eine »singende Seelenmasse« halten, und er wurde auf der Grabstätte, die auch wie die Kapellen von der Kirche gestiftet war, beerdigt. Für jeden war es Pflicht, der Bruderschaft anzugehören und den festgesetzten Beitrag zu leisten; wer nicht Mitglied werden wollte, war von jeder gesellschaftlichen Gemeinschaft ausgeschlossen. Aber die kirchlichen Vereinigungen nahmen schließlich einen immer stärkeren weltlichen Charakter an, während auch der Gegensatz zwischen Meister und Gesellen eine andere Form Gesellenorganisationen mit vorwiegend wirtschaftlichen Interessen zeitigte. Bald drängten letztere die kirchlichen Vereine zur Seite.

Die weltlichen Gesellenverbände waren Zwangsorganisationen mit eigener Gerichtsbarkeit. Aber ihr Herz wurde gebildet von der Schenke, Uerte oder auch Trinkstube genannt. Von hier aus zirkulierte das frische, hartnäckige Leben, das sie erfüllte. Hier wurden die Pläne geschmiedet gegen die stolzen und übermütigen Meister, gegen die parteiische Obrigkeit. Aber von hier aus geschah auch einzie und allein die Arbeitsvermittlung, die in den Händen der Gesellen lag. Dies war wohl das bedeutendste Recht und seine schneidige Anwendung machte die Gesellenorganisationen groß und stark. Hatte der Zugereiste durch den üblichen Hand-

werkergruß sich als wirkliches Mitglied ausgewiesen, so wurde er auf Kosten der Genossen bewirtet; war der Abend hereingebrochen, so erhielt er Obdach. Am nächsten Tage ging der Zuschickgeselle mit ihm von Meister zu Meister, um nach Arbeit umzuschauen. Es war natürlich, daß Meister, die zu irgend welchen Klagen Anlaß gaben, in entsprechender Weise behandelt wurden. Der Geselle forderte dann schließlich einen so hohen Lohn, den der Meister nicht zahlen wollte, oder er zog ohne Umschau gehalten zu haben weiter. Fand er keine Arbeit, dann erhielt er ein Geschenk, das ihm das Weiterwandern erleichterte. Wo er nur hinkam, überall fand er den festgliederten Verband der Genossen, so daß er wohl nie in der Fremde war. Das Wandern im 14. Jahrhundert, wo es für den Gesellen nicht nur Pflicht war, diente in der Hauptsache dazu, ihm den Blick zu weiten, ihn mit anderen Handwerksgriffen und Geschicklichkeiten auszustatten. Darum unterschied man auch zwischen gewanderten und ungewanderten Gesellen, geschenktem und ungeschenktem Handwerk. Verheiratete Gesellen wurden nicht aufgenommen, da ja ihre Waife, die Trinkstube, wirkungslos geworden wäre.

Schwer zu kämpfen hatten die Gesellen um die Anerkennung ihrer Organisation. Die Meister im Bunde mit der Behörde suchten sie zu schwächen und wirkungslos zu machen. Zunächst verbot man die Trinkstuben, wie 1421 zu Mainz, Worms, Speier, Frankfurt. Dann sollten die Gesellen eidlich geloben, sich nur mit kirchlichen Angelegenheiten zu beschäftigen, während die übrigen Rechte den Zünften zugefallen waren. Noch deutlicher kamen die reaktionären Gelüste zum Ausdruck in der Straßburger Knechtsordnung vom Jahre 1465. Den Gesellen war das Waffentragen und die gemeinsame Kleidertracht verboten, das Recht der Arbeitsvermittlung hatte man ihnen entzogen und Leichenfeierlichkeiten an den Wochentagen nicht mehr gestattet. Hohe Geldstrafen waren auf Entlaufen und Müßiggang gesetzt. Diese Neuerungen entfesselten einen Sturm der Entrüstung. Sämtliche Gesellen Straßburgs und der umliegenden Orte legten einmütig die Arbeit nieder, bis der Rat die Neuerungen fallen ließ. Alle Maßnahmen, die man gegen die Gesellenverbände ergriff, erwiesen sich als wirkungslos. Es war nicht möglich, diese Bewegung zu vernichten. Wie die Gesellen wirtschaftlich ein hochwichtiger Faktor waren, so erheichte ihre Bewegung auch die unentbehrlichsten Rechte.

Frühzeitig begannen die Kämpfe um kürzere Arbeitszeit und höheren Lohn. So verlangten schon im 14. Jahrhundert die Schneidermeister in Braunschweig und anderen Städten Arbeit von 3 Uhr morgens bis 6 Uhr abends; damit kein »unordentlicher« Gesell Beschäftigung erhalte, war ein Städtebündnis geschaffen worden. Diese Städtebündnisse, die eine Art Unternehmerverbände darstellten, finden wir verschiedentlich, so eins der Städte am Oberrhein, eins in Schlesien und eins im Norden. Doch gelang es den Gesellen überall, bedeutende Lohn-erhöhungen durchzusetzen. Der »gute blaue Montag« der für gewöhnlich der Badetag der Gesellen war und außerdem der Versammlungstag, hat auch Kämpfe heraufbeschoren, die mit Erfolg gekrönt wurden.

An der Regelung des Gewerbeswesens hatten sie weiter lebhaften Anteil. So waren die Gesellen Straßburgs bei der Abschließung des Vertrags, der von den Zünften mit den einzelnen Städten über das Handwerk geschlossen ward, vertreten. In Magdeburg waren die Schmiedegesellen so stark, daß sie die Gerichtsbarkeit über die Meister ausübten. Ueber das Lehrlingswesen war ihnen das gleiche Recht wie den Meistern eingeräumt.

Die Kampfsmittel, deren sich die Organisationen bedienten, waren der Boykott und das gemeinsame Aufstehen, der Streik; wie trefflich sie dies anwendeten zeigt uns der Streik der Bäckerknechte zu Kolmar. Lange Zeit herrschten hier unerträgliche Mißstände und ein äußerer Anlaß diente dazu, sie zum Austrag zu bringen. Den Bäckerknechten war vom Rat das Privilegium zuerkannt worden, zur Frohleichnamprozession die kostbarsten Kerzen zu tragen; nun hatten aber andere Handwerker, die Grautüchner und Karchner, sich noch teurere Kerzen angeschafft. Die Bäckerknechte, die ihr Recht nicht missen wollten, wurden beim Rat vorstellig, und da sie nicht Genugtuung fanden, verließen sie alle die Stadt. Mit Zustimmung der oberheinischen Genossen streikten sie 10 Jahre lang von 1495 bis 1505. Strengste Solidarität wurde geübt. Mit Geschwindigkeit flogen die Laubbriefe von Stadt zu Stadt. Wer in Kolmar diente, »der werde darnach für einen schelmen gehalten und in kein bruderschaft me ufgenommen«. — Nach zehn Jahren war endlich der Streik beendet. Sämtliche Forderungen wurden bewilligt, außerdem hatte die Zunft alle Kosten zu tragen. Dies war überhaupt oft der Fall. Glaubten die Gesellen, ihnen sei ein Unrecht zugefügt, so verließen sie geschlossen die Stadt und gingen nach einer benachbarten. War der Streik beendet, so hatten die Meister die ganze Zeche, die die Gesellen in der anderen Stadt gemacht hatten, zu zahlen.

Die Erfolge der Gesellen bewirkten aber, daß sie sich als privilegierte Kaste fühlten. Ihr Ständedünkel ging bis ins Lächerliche. Nichts war veränderbarer als ihre Ständesehre. So verließen die Böttcher Breslaus die Stadt, weil sie glaubten, ein Geselle der früher bei einem Schäfer gedient hatte,

habe ihren Stand entwürdigt. Die Gerber verachtete man, die ein Aas angerührt hatten oder eine Katze totschlugen; das war Arbeit des Schinders. Ja sogar wer einen Selbstmörder aus dem Wasser gezogen hatte, galt als unredlich. So fühlten sich die Gesellen berufen, den Wächter ihrer Ehre zu spielen. Stolz wiesen sie den Namen Knecht zurück und verächtlich schauten sie auf alle herab, die nicht auf gleicher Höhe mit ihnen standen. Eben so eng begrenzt wie die kleine Stadt und die Zunft war ihr Geist, sie fühlten sich nicht als eine große Klasse, sondern als Stände, und eifersüchtig wachten sie darüber, daß ein Gewerbe seine Befugnisse nicht überschritt.



Teil für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Unser Handbuch.

III.

In jedem Monat finden wir am Kopfe unserer »Graphischen Presse« eine Bekanntmachung des Hauptvorstandes, wonach laut Statut jedes Mitglied verpflichtet ist, vor Annahme einer Stellung *Auskunft über die Lohn- und Arbeitsbedingungen* einzuholen. Diese Maßnahme liegt nicht nur im Interesse des ganzen Berufes, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht zu verschlechtern, sondern auch um das Mitglied vor Schaden zu schützen. Denn jedem Kollegen muß es erwünscht sein, vorher zu wissen, welche Verhältnisse er in seinem event. neuen Wirkungskreise vorfindet.

In erster Linie soll sich ja jeder Stellensuchende an den *Arbeitsnachweis* des Ortes wenden, der mit dem Arbeitsnachweis des Gaus und dieser wieder mit dem Zentralarbeitsnachweis in Verbindung steht. Ein guter Arbeitsnachweis gehört zu den Einrichtungen, die von den Gewerkschaften besonders zu pflegen sind. Er kommt nicht nur den einzelnen Mitgliedern zugute, sondern er ist auch ein Mittel, geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen und aufrecht zu erhalten. Daher auch vielfach die hartnäckigsten Kämpfe zwischen Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen um den Arbeitsnachweis. Nach dem gegenwärtigen Interesse, welches sowohl Arbeiter als Arbeitgeber an dem Arbeitsnachweis nehmen, dürfte die Einführung paritätischer Arbeitsnachweise eigentlich das richtige sein. Jedoch fehlen hierfür noch die notwendigen Vorbereitungen des friedlichen Nebeneinanderwirkens, wie auch der gute Wille der Arbeitgeber. Es bleibt uns somit nichts weiter übrig, als aus eigener Kraft und eigenen Mitteln überall da Arbeitsnachweise zu errichten, wo solche noch nicht bestehen, und dann muß darauf gesehen werden, daß der Arbeitgeber mit brauchbaren Kräften versehen wird. Da, wo die Arbeitgeber den Nachweis nicht benutzen, ist es dringende Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Vertrauensleute wie überhaupt jeder einzelne Kollege jede freierwende Stelle mit Angabe des Lohnes und der Tätigkeit *sofort* dem Arbeitsnachweis melden. Wenn nach diesem Beispiel überall gewissenhaft gehandelt wird, dann kann der Arbeitsnachweis eine bedeutende Wirksamkeit für die Mitglieder des Verbandes ausüben.

Wenn es ein Mitglied unterläßt, sich an den Arbeitsnachweis zu wenden, bezw. Umschau in den Geschäften hält, oder wenn es keine Auskunft über die Lohn- und Arbeitsbedingungen einholt, verliert es sein Anrecht auf Reise- und Arbeitslosenunterstützung. Die Mitglieder sind ferner verpflichtet, alle den Arbeitsnachweis betreffenden Anordnungen der Ortsvorstände bei Vermeidung des Ausschlusses Folge zu leisten. Wie der Arbeitsnachweis geleitet und Auskunft erteilt werden soll, darüber sind im Handbuch eine Reihe Kapitel enthalten nebst einer Geschäftsordnung und einigen vorgedruckten Schemata.

Um den Arbeitsnachweis zu unterstützen und den arbeitslosen Kollegen Arbeitsgelegenheit zu bieten, ist es Ehrenpflicht aller Kollegen, Hausarbeit und Ueberstunden soviel wie möglich zu unterlassen. Schon das Statut sagt, daß der Verband die Abschaffung der *Sonntags-*

Ueberzeit-, Akkord-, Tantieme- und Haus-Arbeit bezweckt. Dies sollten die Kollegen in Zukunft mehr beherzigen. Denn da zurzeit so viele Verbandsmitglieder arbeitslos sind, müssen Mittel und Wege gesucht werden, diesen Kollegen Arbeit zu vermitteln. Es ist geradezu ein Verbrechen an seinem Nächsten, wenn solche Kollegen, die sich in Arbeit befinden und ihre regelmäßigen Wochenverdienste haben, sich mit diesen nicht begnügen, fortgesetzt Ueberstunden und Hausarbeit machen und dadurch anderen Kollegen das Brot wegnehmen. Wie gegen unverbesserliche Elemente vorgegangen werden kann, steht im Statut, denn es heißt, daß derjenige ausgeschlossen werden kann, welcher den Bestimmungen der Satzungen und den Anordnungen des Haupt- bzw. Ortsvorstandes nicht Folge leistet, ferner wer Handlungen begeht, welche die Interessen des Verbandes schädigen und seinen Grundsätzen zuwiderlaufen.

Zum Gebrauch der reisenden und arbeitslosen Mitglieder, sowie für den schriftlichen Verkehr der Zahlstellenverwaltungen wird vom Hauptvorstand periodisch ein *Adressenverzeichnis* herausgegeben. Pflicht der Vorstände ist es, jede Aenderung sofort dem Hauptvorstand zu melden, und Pflicht der Mitglieder ist es, sich dieses Adressenverzeichnis aufzuheben.

Eine weitere Aufgabe, den reisenden Mitgliedern unterstützend zur Seite zu stehen, erblickt der Verband in der *Pflege des Herbergswesens*. Ein gutes Herbergswesen, wo besonders auf Reinlichkeit gesehen wird, sollte allorts angestrebt werden. Das ist so zu verstehen, daß jeder Ortsvorstand seine Aufmerksamkeit auch darauf richten soll, daß am Orte zureisende Mitglieder ein gutes Quartier zum Aufenthalt und Uebernachten finden. Damit die reisenden Mitglieder sich über die Vorgänge im Verband unterrichten können, ist in dem Herbergs- und Verkehrslokale auch ein Exemplar der *Graphischen Presse* auszulegen. Ebenso ist auf das *Verkehrswesen* zu achten. Besonders sollte getrachtet werden, daß außer den Versammlungen, wo angängig, ein regelmäßiger Verkehrsabend zur Pflege der Kollegialität und Förderung des freundschaftlichen Verkehrs der Mitglieder untereinander eingerichtet wird. Besonders in den mittleren und größeren Städten, wo oft die Branchen in den Versammlungen nicht so in den Vordergrund treten, sollte jede Branche für sich gesondert regelmäßig solche Verkehrsabende abhalten; der Geist der Solidarität wird sich dadurch in stärkerem Maße unter den Mitgliedern einprägen. Solche Verkehrsabende können z. B. auch durch Besprechung wichtiger Tages- und Berufsfragen gut ausgefüllt und interessant gemacht werden. Das Handbuch gibt den Ortsvorständen gute Ratschläge, wie sie das Herbergs- und Verkehrswesen im Interesse der Mitglieder und des Verbandes pflegen sollen.

Die *Bildungsbestrebungen der Mitglieder* werden vom Verband ebenfalls weitgehendst unterstützt. Da gibt der Verband zunächst jede Woche die *Graphische Presse* heraus. Sie soll in allem der geistige Berater des Verbandes sein. In derselben wird neben den im Statut vermerkten Bekanntmachungen alles sonst für unsere Berufe Wissenswerte veröffentlicht. Zur Mitarbeit sind alle Kollegen berufen und sollte hiervon der weitgehendste Gebrauch gemacht werden. Auch Versammlungsberichte werden darin veröffentlicht, doch haben die Schriftführer darauf zu achten, daß diese Berichte nur alles das wiedergeben, was für die Öffentlichkeit von Interesse ist; alles Kleinliche und Ueberflüssige ist in diesen Berichten fortzulassen. Kürze und Klarheit ist das Beste in der Berichterstattung. Alles, was veröffentlicht werden soll, muß frei von persönlichen Angriffen und nicht verletzend gehalten sein. Diese Voraussetzung sollte deshalb schon beachtet werden, damit der Redakteur keine Streichungen vorzunehmen braucht, über welche dann der Artikelschreiber oft unnötig verstimmt wird. Klar und scharf abgefaßte Berichte und Artikel erfüllen mehr ihren Zweck, als persönlich ge-

hässige oder beleidigende. Wer zu solchen Mitteln greift, dessen Sache hat gewöhnlich keine gesunde Grundlage. Dies sollte stets beachtet werden. Alle Mitglieder, welche glauben, durch die Presse benachteiligt zu sein, können sich bei der Preßkommission beschweren. Daneben erscheint alle 2 Wochen die *Graphische Rundschau* mit ihren fachtechnischen Artikeln und dem Fragekasten, der von vielen Kollegen zur Erweiterung ihres Wissens benutzt wird. Für die Lehrlingsmitglieder wird vom Verband ein besonderes Organ, die *Graphische Jugend*, herausgegeben, die diesen jungen Leuten so recht zu Herzen spricht.

Daneben soll in den einzelnen Orten dem *Bibliothekswesen* die volle Aufmerksamkeit geschenkt werden. Auch darüber geht das Handbuch den Ortsvorständen mit guten Ratschlägen an die Hand. Es ist sogar eine Bibliothek von 56 Bänden als Muster zusammengestellt; ebenfalls wird eine Leseordnung und 10 Gebote für die Leser zur Einführung empfohlen.

Die fachliche Ausbildung der Kollegen läßt bekanntlich sehr vieles zu wünschen übrig, was auch durch die Arbeitsteilung in unserem Gewerbe mit verschuldet wird. Auf die Ausbildung unserer Lehrlinge haben wir bei Besprechung der Lehrlingsabteilung schon hingewiesen. Ein in seinem Fache tüchtiger Kollege wird im allgemeinen selbstbewußter auftreten als ein anderer, dessen Kenntnisse nicht so weitgehend sind. Die Förderung der fachlichen Ausbildung durch Unterrichtskurse, belehrende Vorträge, sowie durch gemeinsamen Besuch kunstgewerblicher Museen sollten sich die Zahlstellen daher angelegen sein lassen. Sehr oft können Lehrer für fachliche Kurse und Vorträge über Berufsfragen aus den Mitgliederkreisen entnommen werden.

Mit einer ganz wesentlichen Aufgabe des Verbandes befaßt sich das Handbuch in einigen Kapiteln über aufzunehmende *Statistiken*. Als zunächst liegend kommt für uns in Betracht: die Berufsstatistik; die Statistik der Lohnbewegungen; die Statistik über Tarifverträge; die Arbeitslosenstatistik. Durch die Statistik erst erhalten wir Einblick in so viele sonst verborgene Erscheinungen. Die Statistik, die in verhältnismäßig kurzer Zeit sich ein gewaltiges Arbeitsfeld erobert hat, konnte auch bei den gewerkschaftlichen Organisationen nicht vorbeigehen, ohne sich in deren Dienst zu stellen. Und das ist gut so, denn ohne Statistik ständen wir mancher Zeiterscheinung weltfremd gegenüber. Soll aber eine gute und brauchbare Statistik, die jeder Nachprüfung standhält, geschaffen werden, dann ist Akkuratheit und peinlichste Sorgfalt bei jeder Aufstellung dringend vonnöten. Leider aber wird der Wert einer gediegenen Statistik noch viel zu sehr verkannt. Hoffentlich tragen die instruktiven Ausführungen unseres Handbuchs das ihrige bei, eine Wendung zum Besseren herbeizuführen.

Eine Reihe von Kapiteln ist dem *Kassen- und Rechnungswesen* gewidmet. Die Kassengebarung ist die Seele der Organisation; je gesunder sich die Kassengeschäfte innerhalb einer Zahlstelle abwickeln, um so gesunder ist es zumeist mit dem ganzen Organisationsleben am Platze bestellt. Und darum scheinen uns auch diese Teile mit zu den wichtigsten des Handbuchs zu gehören. Die Kassengeschäfte an sich, soweit man darunter das Kassieren der Beiträge usw. versteht, erfordern ein durchaus gewissenhaftes Arbeiten, das um so aufmerksamer beobachtet werden muß, wenn sich zu diesen Kassengeschäften noch die Auszahlung von Unterstützung gesellt. Sehr wichtig für die Erhaltung und Kräftigung jeder Mitgliedschaft ist eine zweckmäßige Erhebung der Beiträge. Alle Erfolge der Agitation gehen wieder verloren, wenn es den neugewonnenen, wie überhaupt allen Mitgliedern nicht möglichst leicht gemacht wird, die Wochenbeiträge regelmäßig entrichten zu können. Der Hauptvorstand ist sehr darauf bedacht, daß in den Zahlstellen die Kassengeschäfte gewissenhaft geführt werden können, denn er scheut keine Kosten, um den Ortsvorständen durch Lieferung sämt-

lichen dazu gehörigen Materials und der Formulare das Arbeiten so leicht wie möglich zu machen. Selbst wertvolle verschleißbare Geldkassetten zum Aufbewahren von Geld und Quittungen werden geliefert, ebenso kleine Aktentaschen mit verschiedenen Fächern zum Einlegen der verschiedenen Markensorten, Portobücher, Einnahme- und Ausgabebücher usw. Für den Geschäftskassierer gibt es kleine vorgedruckte Hefte, die er bequem in der Tasche tragen kann, um so jedesmal sofort notieren zu können, an wen er eine Beitragsmarke verkauft hat, was durchaus nötig ist, weil im Hauptbureau genau Buch geführt wird, was jedes einzelne Mitglied bezahlt hat. Dies gilt dann als Grundlage bei Ansprüchen auf Invalidenunterstützung usw.

Die dem Handbuch beigegebenen schematischen Darstellungen nebst dem dazu gehörigen Text sind geeignet, das Amt des Kassierers, Unterkassierers, Beitragssammlers und sonstiger Funktionäre zu erleichtern und diese in dem Labyrinth der Beitrags- und Unterstützungsklassen zweifelsfrei zu führen. Auch eine Vergleichstabelle ausländischen Geldes mit der deutschen Währung nebst Erklärung ist im Handbuch abgedruckt zur Umrechnung der internationalen Unterstützungen, damit auch da kein Fehler vorkommen kann.

Die *Revisionen* der Ortskassen und wie die Abrechnungen gemacht werden sollen ist ebenfalls im Handbuch ausführlich beschrieben; wir möchten alle Ortsrevisoren in ihrem und des Verbandes Interesse bitten, diese Kapitel besonders zu beachten. Denn die Revisoren und der Ortsvorsitzende sind, nachdem sie die Abrechnung unterzeichnet haben, mit dem Kassierer persönlich haftbar für die Richtigkeit der Abrechnung und die event. Unstimmigkeiten. Sehr verderblich werden den Mitgliedschaften vorkommende Fälle von Veruntreuungen durch die Kassierer, Beitragssammler usw. Diese Fälle, die leider manchmal vorkommen, werden begünstigt einerseits durch die Unerfahrenheit und Unwissenheit der mit den Kassengeschäften betrauten Personen, andererseits auch durch gutmütige Gleichgültigkeit der gewählten Revisoren und schließlich der gesamten Zahlstellenmitglieder. Die weitgehendste Sachlichkeit walten und sich weder von Sympathien noch von Antipathien gegen diese oder jene Mitglieder beeinflussen zu lassen muß Ehrenpflicht der Revisoren sein. Daß selbstverständlich auch die *Abrechnungen der Lehrlingsabteilung* eingehend erklärt werden, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden.

Von dem Grundsatz ausgehend, daß von einer gesunden Kassengrundlage die Sicherstellung der Rechte der Mitglieder und die Zukunft des Verbandes abhängt, darf wohl erwartet werden, daß auch in Kassenfragen zukünftig jedes Verbandsmitglied seine Pflicht tut.

Ortsberichte.

Brandenburg a. H. In der Generalversammlung vom 28. Januar gab nach Erstattung des Kassenberichts der Vorsitzende den Jahresbericht. Er widmete den bisherigen miserablen Versammlungsbesuchen einige treffende Worte und wünschte, in Zukunft vollbesuchte Versammlungen zu sehen, da wahrscheinlich der Ruhe des verfloffenen Jahres, die nur durch die Finanzreform (Plakatsteuer) und die amerikanische Zolltarifrevision gestört wurde, ein lebhafteres Jahr folgen wird, so daß wir durch eine starke und streng disziplinierte Organisation gewappnet sein müssen. Die Kartelldelegierten berichteten u. a. über die Gründung des jetzt in Betrieb befindlichen Volkshauses und den Buchdruckerstreik anläßlich der Maifeier. Nach den Neuwahlen der Verwaltung machte Kollege Ernst über das geplante Walderholungsheim bei Brandenburg a. H. unter Vorweis verschiedener Baupläne Ausführungen von großem Interesse und betonte, daß die Errichtung des so großartig ausgedachten Genesungsheimes für kranke Arbeiter, die anfänglich durch energisches Betreiben der Arbeitervertreter der Ortskrankenkasse gut in Fluß gekommen war, durch Zänkereien des Ortskrankenkassenvorsitzenden und verschiedener Arbeitgebervertreter erschwert würde. Bei der Wahl des Versammlungslokales wurde die Uebersiedlung nach dem Volkshaus abgelehnt und beschlossen, im bisherigen Lokal, das von einem verdienten Parteigenossen bewirtschaftet wird, weiter zu tagen.

Hannover. Die am 14. Februar versammelten Lithographen, Steindruckere und verw. Berufsgenossen

nehmen Kenntnis von dem schamlosen Beginnen des Schutzverbandes, mit Hilfe einer allgemeinen Aussperrung die gesamte deutsche Kollegenschaft zu zwingen, die der Arbeiterlehre hohnsprechenden Ausbeutungsbestimmungen der sogenannten Normal-Arbeitsordnung anzuerkennen. Sie erklären, daß sie nicht gewillt sind, sich diesem brutalen Vorgehen des Schutzverbandes zu beugen und bereit sind, einen aufgezungenen Kampf mit aller Energie durchzuführen. Die Hannoverischen Mitglieder des Verbandes der Lithographen, Steindruckere und verw. Berufe beauftragen daher ihren Hauptvorstand, bei den bevorstehenden Einigungsverhandlungen der sogenannten Normal-Arbeitsordnung nur dann seine Zustimmung zu geben, wenn alle anstößigen und die Interessen der Arbeiter verletzenden Bestimmungen daraus gestrichen werden. Sollte sich der Schutzverband zu einer Zurücknahme dieser ehr- und interessenverletzenden Bestimmungen nicht verstehen, dann versprechen die Hannoverischen Mitglieder, die für eine siegreiche Durchführung des aufgezwungenen Kampfes nötigen Mittel in der Form einer entsprechenden Extrasteuer zu bewilligen. Um allen zukünftigen Gewaltakten des Schutzverbandes vorzubeugen, fordern sie weiter den Hauptvorstand auf, für die Ansammlung eines Kampffonds eine Beitragserhöhung baldigst anzunordnen.

Heilbronn. Die am 2. Februar stattgefundene öffentliche Versammlung der graphischen Berufe erfreute sich eines sehr starken Besuches. In anschaulicher sachlicher Weise verbreitete sich der Referent über das Thema: »Die Durchbrechung der Gewerbeordnung durch das Unternehmertum und unsere Stellungnahme dazu.« Das Vorgehen unserer Steindruckere, die Samstags ausfallende Arbeitszeit im Laufe der Woche nachholen zu lassen, wurde einer gerechten Kritik unterzogen. Eine rühmende Ausnahme macht am Ort nur eine Firma. Es wurde hervorgehoben, daß dieses Verlangen gegen die Vereinbarungen von 1909 verstößt, wonach die tägliche Arbeitszeit 9stündig sein soll; außerdem habe im Sinne des Gesetzgebers eine solche Umgehung nicht gelegen. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: »Die am 2. Februar vom Graphischen Gewerbe einberufene öffentliche Versammlung kann sich mit der Handhabung der neuen Gewerbeordnung nicht einverstanden erklären und fordert, daß eine gemeinsame Besprechung mit den Prinzipalen stattfindet, welche die Sache erledigen soll. Die Versammelten verpflichten sich, jederzeit für ihre Organisationen wirken zu wollen.« Als erfreuliches Zeichen kann konstatiert werden, daß durch die Versammlung zahlreiche Neuaufnahmen, insbesondere für die Organisation der Buch- und Steindruckerehilfsarbeiter, zu verzeichnen waren.

Leipzig. In der am 2. Februar stattgefundenen Jahresversammlung gab Kollege Pfeiffer den Jahresbericht: Die allgemeine wirtschaftliche Krise machte sich im Jahre 1909 in unserem Berufe in Leipzig besonders bemerkbar. Arbeitslos waren im I. Quartal 402, im II. 454, im III. 542 und im IV. 500 Kollegen. Die Lokalkasse wurde durch den Beschluß, die Unterstützungssätze der ausgesteuerten Arbeitslosen, die vom Hauptvorstand gekürzt werden mußten, durch Zuschuß aus der Lokalkasse auf der alten Höhe zu belassen, stark belastet. Es wurden hierzu in den zwei letzten in Betracht kommenden Quartalen 1909 3363,50 Mk. aufgewendet. Die Gesamt-Arbeitslosenunterstützung erreichte dadurch 1909 eine Höhe von 52632,80 Mk. Die Kollegen hätten in dieser schweren Zeit, in der eine eigentlich pflichtgemäße staatliche Fürsorge gänzlich versagte, die Gewerkschaft mit ihren Unterstützungseinrichtungen schätzen gelernt. Zwar ist die Mitgliederzahl — im Anfang 1909 2368, am Schlusse 2295 — um 73 Mitglieder zurückgegangen diese Erscheinung erklärt sich aber dadurch, daß die meisten dieser Mitglieder, gezwungen durch die anhaltende Krise, in andere Berufe übergegangen oder abgereist sind. Wie bei Krisen üblich, hat es auch an Provokationen von Unternehmenseite nicht gefehlt; verschiedene Streiks trachten sich darum notwendig, teils mit gutem und befriedigendem Ausgang. Jedemfalls hat die Leipziger Kollegenschaft gezeigt, daß sie auch in für sie ungünstigen Zeiten ihre Position zu verteidigen weiß. — In der Diskussion wünschten verschiedene Redner eine gleichmäßige Handhabung aller Sektionen bei Extra- und Weihnachtsunterstützungen an Arbeitslose nach den Beschlüssen des Verwaltungsausschusses, während andere in dieser Frage für die Sektionen freie Entscheidung unabhängig vom Ausschuß forderten. — Ein weiterer Redner wies darauf hin, daß die Ausgaben für Unterstützungen im Allgemeinen in der letzten Zeit mit den Einnahmen des Verbandes für die Dauer nicht in Einklang zu bringen seien, weshalb sich der Ausschuß mit Anträgen für die Generalversammlung in Hamburg zwecks Revidierung der Unterstützungssätze befassen möchte. — Ein Antrag, zum Grabstein für den Kollegen Obier 100 Mk. aus der Lokalkasse zu entnehmen, wurde einstimmig angenommen.

Stuttgart. Eine am 3. Februar abgehaltene stark besuchte öffentliche Versammlung der graphischen Arbeiterschaft beschäftigte sich mit dem Monstrum von Arbeitsordnung. Das Referat hatte Kollege Werner übernehmen. Es würde zu weit führen, sollte alles berichtet werden; herausgegriffen sei nur die geschickte Art und Weise, wie die Herren um Dr. Gerschel es verstanden haben, die Gewerbeordnung in ihrem Sinne zu revidieren und die Verpflichtung zur Einhaltung der Kündigungsfrist ihrer-

seits auf die seltensten Fälle zu beschränken. Besonders sind es die Absätze, durch die sie geradezu das Koalitionsrecht verhöhnen. Sehr friedliebend zeigen sich die Herren auch in der Abteilung »Strafen«. Die ganze Arbeitsordnung trägt allzusehr die unausgesprochene Absicht an der Stirn, provozierend zu wirken, um die Kassen der Gewerkschaften vorzeitig zu plündern und Bestrebungen der Kollegenschaft auf Besserung ihrer Lage zu unterbinden. Wir werden aber auf der Hut sein. Diese Absicht werden die Herren nicht erreichen, unsern Kriegsfond zu stürmen. Auch der Fall in der Firma Graphia-München muß dazu herhalten, mit Aussperrung zu drohen. Es ist dies ja eine alte Taktik, wenn in irgend einem Betrieb Differenzen ausbrechen, wird die ganze Kollegenschaft gleich unartigen Kindern mit dem Wau-wau bedroht. Wir sind es aber müde, uns mit diesem Gebell immer einschüchtern zu lassen und möchten nur freundschaftlichst raten, falls es zum Beißen kommt, vorsichtig zu sein, daß sich niemand festbeißt. Die Gehilfenschaft wie das gesamte Hilfspersonal Deutschlands werden sich geistert zeigen, mag kommen was da will. Daß der Referent mit seinen Ausführungen den Versammelten aus der Seele gesprochen, bewies der dröhnende Beifall, sowie folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde: »Die heute im Gewerkschaftshaus Stuttgart tagende öffentliche Versammlung der in den Stuttgarter Steindruckereien beschäftigten Lithographen, Steindruckere, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und erhebt einmütig Protest gegen die vom Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer beabsichtigte Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Versammlung erblickt in der Herausgabe dieser Arbeitsordnung einen Bruch der im Jahre 1906 getroffenen Vereinbarung, und gelobt, dieselbe beim Versuch der Einführung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren. Ebenso energisch protestiert die Versammlung gegen die Verlängerung der Arbeitszeit an einzelnen Tagen, um die durch das Inkrafttreten der neuen Gewerbeordnungs-Novelle verloren gegangene halbe Stunde durch Vor- oder Nacharbeit einzuholen. Die Versammelten erblicken in der Stärkung ihrer Organisation das einzige Mittel, um die zum Ausdruck gekommene Provokation des Schutzverbandes zurückzuweisen, und verpflichten sich nach besten Kräften zur Stärkung derselben beizutragen.«

Der Lithograph.

Leit für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schmetter, Hannover.

Das Wettbewerbausschreiben der Hannoverischen Mitgliedschaft.

Seit einigen Jahren macht unser Verband auch gewaltige Anstrengungen, die Fachbildung seiner Mitglieder zu erweitern. Wohl keine weitere deutsche Gewerkschaft dürfte sich neben der Verfechtung ihrer eigentlichen Forderungen auf dem Gebiete der Fachbildung so stark betätigen wie unser Verband.

In verschiedenen Artikelserien ist in unserer Presse nachgewiesen worden, weshalb die gewerkschaftliche Tätigkeit durch eine Pflege der Fachbildung ergänzt werden muß. Unsern Mitgliedern leuchteten diese vorgeführten Gründe auch ohne weiteres ein. Und so sehen wir denn, daß sich jetzt fast allerorts unsere Kollegen auch auf dem Gebiete der Fachbildung rege betätigen.

Als ein vorzügliches Mittel, die Kollegen zu solcher Bildungstätigkeit anzuspornen, hat sich unzweifelhaft die Veranstaltung von Wettbewerben erwiesen. Die verschiedenen Wettbewerbe, die bis jetzt von unserm Verbands ausgesprochen worden sind, haben, den Verhältnissen entsprechend, durchaus zu befriedigenden Ergebnissen geführt. Es wäre daher sehr zu empfehlen, in Zukunft den Wettbewerb in unserm Verbands noch mehr zu pflegen als bisher!

Unsere Wettbewerbe unterscheiden sich natürlich sehr von denen, die von privater Seite veranstaltet werden. Bei uns dienen die Preisausschreiben lediglich dem Bildungszweck; den Privatleuten dagegen sind sie nur ein Mittel zum Gewinn: sie bedienen sich ihrer, um auf billigen Wege zu wertvollen Produkten zu gelangen. Und ist die Erlangung wertvoller Produkte nicht das eigentliche Ziel eines unternehmerten Wettbewerbs, so kommt ein anderer gewinnstüchtiger Zweck in Frage: Die Steigerung des Absatzes von Produkten.

Diesem letzterwähnten Zwecke dienen z. B. die Wettbewerbe, die von Fachblättern und sonstigen literarischen Unternehmungen ausgeschrieben werden; denn hier wird für die Zulassung zur Teilnahme an dem Wettbewerb die Vorlegung einer Abonnementsquittung oder eines Ausweises über den Kauf eines bestimmten literarischen Produktes zur Bedingung gemacht. Nicht sowohl in dem Bildungszweck, der hier vorgegeben wird, als vielmehr in der Gewinnsucht ist die eigentliche Triebfeder für diese Veranstaltungen zu suchen.

Weil unsere Wettbewerbe nur dem Bildungszwecke dienen, spielt bei uns die Höhe der ausgesetzten Preise selbstverständlich eine ganz nebensächliche

Rolle. Es soll ja auch nicht die Erzielung eines Gewinnes, sondern das Streben, sich im Berufe durch hervorragende Fachkenntnisse auszuzeichnen, der Anreiz zur Teilnahme am Wettbewerb sein. Wir wollen nur einen edlen Wettstreit, bei dem der eine Teilnehmer nicht in dem andern einen unlieb-samen Konkurrenten, sondern einen Freund und Mitstreiter für ein hohes, hehres Ziel sucht. Das Streben des einzelnen Wettbewerbers soll lediglich sein, den andern im guten Vorbilde zu überbieten!

Diese Grundsätze wurden bei dem Preisausschreiben, das am 3. Dezember vorigen Jahres der Bildungsausschuß der Zahlstelle Hannover erlassen hat, besonders hervorgehoben. Berücksichtigt man dies, so muß man sich mit dem Ergebnis des Ausschreibens befriedigt erklären. Teilgenommen haben unter den angeführten Bedingungen 44 Bewerber. Verlangt war ein zweifarbigter Entwurf für eine Festkarte zu einem Kappenfeste der Hannoverischen Mitgliedschaft. Die Arbeiten, die aus den verschiedensten Gegenden unsers deutschen Landes eingelaufen sind, müssen bis auf wenige Ausnahmen sämtlich als gute Leistungen anerkannt werden. Man sieht an den Arbeiten, daß von der modernen Idee, hauptsächlich durch die Fläche zu wirken, die Kollegenschaft im allgemeinen doch schon ganz durchdrungen ist. Im geschlossenen Aufbau, in der einheitlichen Gesamtwirkung ließen aber verschiedene Arbeiten noch manche Wünsche übrig. Der Lithograph hat eben unter dem Erbübel, sich gern in Nebensächlichkeiten zu verlieren, noch sehr viel zu leiden. Sich von diesem Leiden zu befreien, fällt manchem halt doch recht schwer! Im allgemeinen wurde aber der Beweis geliefert, daß mit zwei Farben und einem entsprechend getönten Papier wirklich großartige Effekte erzielt werden können. Mit einer bewundernswerten Virtuosität wußten sogar manche zwei Farben zu mehrfarbigen Eindrücken zu verarbeiten. Die Aufgabe, die gestellt worden war, war insofern auch schwer zu lösen, als die Festkarte auch eine, dem Zwecke entsprechende Lustigkeit ausdrücken sollte. Dieser Forderung sind manche nicht recht gerecht geworden.

Von den ausgeschriebenen Preisrichtern war der Zeichner Herr Kayser nicht erschienen. Es übten daher nur die Herren: Oberlithograph Hugel, Kunstmaler Mittag, Kunstkritiker Spengemann und Lithograph Schmetter das Preisrichteramt aus. Das Kollegium kam zu folgendem Ergebnis:

Den ersten Preis (10 Mk.) erhielt die Arbeit des Kollegen Franz A. Peffer in Hannover, den zweiten (8 Mk.) die des Kollegen Franz Kobler in München und den dritten (5 Mk.) die des Kollegen Oskar Casper in Berlin. Die mit dem ersten Preis bedachte Arbeit, die bestimmungsgemäß als Festkarte benutzt wird, machte neben einer sehr guten dekorativen Wirkung auch entschieden den lustigsten Eindruck. Die Arbeit, die den zweiten Preis erhielt, stand fast auf gleicher Höhe. An der dritten prämierten Arbeit wurde wohl die gute Idee und der gute Aufbau gelobt, aber die etwas unkorrekte Zeichnung bemängelt. Oetadelt wurde auch an ihr, daß die vorgeschriebene Größe 12:18 cm nicht eingehalten worden ist.

LOBEND ERWÄHNT WURDEN DIE ARBEITEN DER KOLLEGEN Franz Maruhn in Hamburg, Georg Nicolai in Hannover und Julius Fritsche in Leipzig-Sellerhausen.

Dieser Wettbewerb hat merkwürdige Fortschritte auf dem Gebiete der Fachbildungstätigkeit offenbart. Es ist daher zu wünschen, daß auf diesem Wege rüstig weiter geschritten werde!

Die Mitgliedschaften, die willens sind, die Arbeiten in ihren Versammlungslokalen auszustellen, wollen sich an den Kollegen Ernst Schädlich in Linden bei Hannover, Davenstedterstraße 48, wenden.

Fr. Sch.

Aus den Sektionen.

Berlin (Lithographen). Auch das verflorenne Jahr stand, genau wie das Jahr 1908, unter dem Zeichen der Krisis. Wenn im allgemeinen Wirtschaftsleben von einer eingetretenen Besserung, sogar in einigen Gewerben von normalen Zeiten gesprochen wird, so kann in unserm Berufe davon keine Rede sein. Unser Gewerbe ist eines derjenigen, die unter den Folgen der Industrie- und arbeiterfeindlichen Wirtschaftspolitik unserer Reichsregierung besonders schwer zu leiden haben. Immermehr erschwert das Ausland die Einfuhr unsrer Produkte, als Antwort auf die deutsche »Schutz-zollpolitik«. Die Folgen bekommen in erster Linie die Kollegen zu spüren. Einerseits erfolgen Entlassungen wegen Mangels an Arbeit, und andererseits versuchen die Unternehmer die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Infolgedessen war die Verwaltung im vergangenen Jahre gezwungen, ihr Augenmerk hauptsächlich auf die Abwehr von seitens der Unternehmer geplanten Verschlechterungen zu richten. 11 Verhandlungen mit Unternehmern waren notwendig, um entstandene Differenzen zu erledigen. Die Kollegen der Firma Max Schönherr waren gezwungen, wegen Abschaffung der Akkordarbeit, Einführung einer Kündigung, Bezahlung der Feiertage Mitte Juni in den Streik zu treten. Dieser dauerte eine Woche und endete mit einem Erfolge der Kollegen. Die weiteren Differenzen wurden auf dem Wege der Verhandlungen erledigt. — Dem Arbeitsnachweis wurden von seiten der Unternehmer 368 Stellen gemeldet, das sind 58

richt. Er warf einen Rückblick auf das Chemigraphie-gewerbe bis zum Jahre 1900 und schilderte, wie trotz des goldenen Bodens, der damals noch vorhanden war, die Preise der Klischees infolge der gegenseitigen Preisunterbietung immer tiefer und tiefer sinken mußten. Die Folge davon war das rapide Sinken der Löhne der Arbeiter, ein planloses Darauflosarbeiten, um recht viel zu erzeugen, und recht wenig dafür zu erhalten. Selbst finanziell gut fundierte Firmen konnten unter solchen Verhältnissen auf die Dauer nicht mittun; es mußten Mittel und Wege ausfindig gemacht werden, um geordnete Verhältnisse innerhalb unseres Berufes zu schaffen. Eine Aussprache der Prinzipale mit den Gehilfen über die trostlosen Verhältnisse führte zu dem Entschluß, durch Abschluß einer Tarifgemeinschaft gemeinsam für eine Gesundung des Gewerbes zu wirken. Und tatsächlich wird niemand in Abrede stellen können, daß seit dem Zustandekommen des Tarifs eine merkbare Besserung in unserem Berufe zu verzeichnen ist. — Der grenzenlosen Schmutzkonzurrenz wurden bald Schranken gesetzt, die Prinzipale konnten wieder besser und aussichtsvoller kalkulieren, es wurden ruhigere, anständigere Verhältnisse im Chemigraphiegewerbe geschaffen. Aber trotz alledem finden wir, daß unsere Tarifgemeinschaft bei vielen Prinzipalen als Fessel empfunden wird, teils wegen der Preiskonvention, teils aus anderen Gründen. Der Berichterstatter schilderte noch unser derzeitiges Verhältnis und kam auf die letzten Vorfälle in Berlin zurück. Er erwähnte die unbegründete Abneigung eines Teiles unserer Prinzipale gegen die Lehrlingsvereinigung und kritisierte scharf die Gefängnisordnung, welche man den Lithographen und Steindruckern aufzutreiben will. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Nach dem Kassenbericht erstattete Kollege Lungewitz den Jahresbericht. Er berichtete über die Interventionen, die bei verschiedenen Firmen notwendig waren, und besonders über die Austrittserklärung der vier Münchener Firmen aus der Tarifgemeinschaft. Jeder Versuch, unsere tariflichen Bestimmungen zu umgehen, wurde mit vollständigem Erfolg vereitelt. Er schloß mit einem kräftigen Appell an die Versammlung, auch im kommenden Jahre die Verwaltung in jeder Weise zu unterstützen. Nach dem Bericht des Arbeitsnachweises und der Neuwahl der Verwaltung, die in ihrer Mehrzahl wiedergewählt wurde, kam unter anderen Angelegenheiten ein Antrag zur Sprache, jedem arbeitslosen Kollegen 50 Pf. bei Besuch unserer Versammlungen zu übermitteln; der Antrag wurde der neuen Verwaltung zur Erledigung überwiesen.

kämpfen haben wie bei unsern eigenen Kollegen, so hoffen wir aber doch, auch hier festen Fuß zu fassen. — Eine unserer umfassendsten Arbeiten war die Agitation wegen der Weihnachtsüberstunden repts. Abschaffung der Gratifikation. An die Atelierinhaber von Groß-Berlin wurden 385 Zirkulare verschickt; jedem war eine adressierte und frankierte Fragekarte beigelegt. Von diesen 385 Karten sind 50 an uns zurückgelangt und die anderen 329 Karten sind von den Herren Prinzipalen einfach behalten worden, oder besser gesagt, man hat sie uns unterschlagen. Daß dieses Unternehmen so resultatlos verlief, war also nicht unsere Schuld. Die Herren Unternehmer haben eben eine andere Moral als wir. Die Verwaltung hatte eine tüchtige Arbeit geleistet. Es wurden 1 General-Versammlung, 3 öffentliche Versammlungen, 16 Mitgliederversammlungen, 24 Verwaltungssitzungen und 10 Betriebsversammlungen abgehalten. Fachliche und belehrende Vorträge sind in größerer Zahl gehalten worden desgleichen wurde auch für Unterhaltung gesorgt. Der Versammlungsbesuch war sehr unterschiedlich; er schwankte zwischen 10 und 350 Personen. Ein Antrag der Verwaltung lag vor: Die Mitgliederversammlungen möchten von jetzt ab vierwöchentlich (bisher 14 tägig) und zwar am ersten Donnerstag im Monat abgehalten werden. Als Begründung wurde eine große Verminderung der Verwaltungsarbeit und -Posten angeführt. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

handlungen mit den Formstechereibesitzern mit. Obwohl die hiesigen Kollegen auf mehr gehofft hatten, fand doch folgende aus der Mitte der Versammlung gestellte Resolution einstimmige Annahme: »Die Kollegen Nordhausens nehmen von den Verhandlungen, die mit den Unternehmern gepflogen sind, Kenntnis und erwarten bestimmt, daß dieselben auch hier zur Durchführung gelangen. Sollte dieses wider Erwarten nicht der Fall sein, so verpflichten sich die Anwesenden, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Durchführung der Vereinbarungen einzutreten.« In der Debatte wegen der Ueberarbeit wurde unter anderem hervorgehoben, daß Heimarbeit für auswärtige Firmen von den hiesigen organisierten Kollegen nicht gemacht wird, daß aber unorganisierte Formstecher aus Coswig, Hannover, Brannschweig, Bramsche, Greiz und besonders Köln viel für die hiesige Firma R. Böse liefern. Daß durch diese Schmutzkonzurrenz die Löhne gedrückt werden und daß uns jene Leute im Ernstfall als Rausreißer gegenüberstehen, ist wohl für jeden klar.

Die Tapetenbranche.

Leit für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachs- und Zeug- und Seidendrucker. Arbeitsnachweisleiter: C. Schubart, Berlin N. 20, Badstraße 26.

Aus den Sektionen.

Berlin. Quitung. Für die streikenden Drucker und Formstecher in Ottensen und Köln sind folgende Sammlungen an Kollegen Weypok eingegangen: Berlin 46,45 Mk., Borsdorf 9,80 Mk., Coswig i. S. 28 Mk., Leipzig 16 Mk.

Coswig. In der am 16. Januar tagenden gutbesuchten Generalversammlung gab zunächst der Vorsitzende einen kurzen Rückblick über das verlossene Geschäftsjahr. Danach haben 11 Mitglieds-, 2 Betriebs- und 2 Agitationsversammlungen stattgefunden, letztere mit teilweise Erfolg. Der Besuch der Mitglieder in den Versammlungen betrug im Durchschnitt 70 Proz. Nach dem Bericht des Kassierers und der Neuwahl des Gesamtvorstandes wurde beschlossen, einen Beitrag zum Obier-Grabmal aus der Lokalkasse zu bewilligen. In der Debatte drückten einige Kollegen ihre Verwunderung aus, daß noch keine Quitungen über die Weihnachts-Sammlungen für die streikenden Tapetendrucker in der »Or. Pr.« erschienen seien. Zum Schluß richtete der Vorsitzende nochmals einen Appell an die Kollegen, alle Kräfte anzuspannen, um die noch abseits stehenden Kollegen, insbesondere die Hilfsarbeiter der Tapetenbranche, zum Anschluß an die Organisation zu bewegen.

Itzehoe. Vor einiger Zeit hielten die hiesigen Formstecher eine Versammlung ab, um gemeinsam über die bevorstehende Lohnbewegung zu beraten. Zu dieser Versammlung war der Gäuleiter Kollege Ullrich erschienen, der einen Vortrag über das Thema »Nutzen und Notwendigkeit der Organisation der Gehilfen« hielt. Er führte den Kollegen vor Augen, daß nur durch eine feste und geschlossene Organisation etwas erreicht werden könne und forderte die dem Verbands fernstehenden Kollegen auf, doch wieder in diesen einzutreten. In der darauffolgenden Diskussion stimmten die Kollegen den Ausführungen des Referenten zu und die Fernstehenden erklärten wieder ihren Beitritt. Acht Tage später fand abermals eine Versammlung statt, in der eine Zahlstelle gegründet und der Vorstand gewählt wurde. Stellungsuchenden Kollegen diene folgendes zur Warnung: Einem zugereisten Kollegen wurde von der Firma M. Kopp schriftlich 24 Mk. zugesagt, nach 8 Tagen Arbeitszeit erhielt er 18 Mk. mit dem Bescheid, mehr könne die Firma nicht geben. Die Kollegen mögen sich bei Stellungnahme dieser Firma erinnern.

Nordhausen. Am 3. Febr. hielt die hiesige Zahlstelle eine vollzählig besuchte Branchenversammlung ab. Kollege C. Schubart-Berlin, der sich auf der Durchreise hier befand, teilte uns das Ergebnis der Ver-

Feuilleton.

Eingänge.

Geschichte der deutschen Bäcker- und Konditoren-Bewegung. Herausgegeben im Auftrage des Verbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands von O. Allmann. Verlag von O. Allmann, Hamburg, Besenbinderhof 57, Gewerkschaftshaus. Kommissionsverlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin. 2 Bände 395 und 512 Seiten 8°, Preis je 3,00 Mk.

Das umfangreiche und gut ausgestattete Werk war als eine Jubiläumsschrift gedacht, die dem im Juni stattfindenden Verbandstage vorgelegt werden sollte; am 5. Juni 1910 besteht der Verband nämlich 25 Jahre. Doch das Werk ist mehr als eine bloße Geschichte des Verbandes, es ist im ersten Teil eine interessante kulturgeschichtliche Abhandlung über die Herstellung von Mehl und Brot von den ältesten Zeiten her bis zur Entstehung eines besonderen Bäckerhandwerks. Weitere Kapitel schildern das Bäckerhandwerk im Mittelalter mit seinen Zünften und vielen Zunftgebräuchen, dann die Geschichte des Handwerks in einigen Städten des Reiches, später die Verordnungen der Behörden, die Arbeiterschutzgesetzgebung für Bäckereien und Konditoreien, die Technik im Gewerbe und die fortschreitende Entwicklung zu Großbetrieben. Ist der erste Band der Entwicklung des Gewerbes gewidmet, so beschäftigt sich der zweite Band mit der Geschichte der Organisation. Nur wenige Organisationen haben wohl unter der Mißgunst der Verhältnisse so schwierig und hemmend den Aufstieg bis zur heutigen Höhe der Entwicklung machen müssen wie der Bäckerverband. Lange Zeit bestand bei den Bäckern ganz allgemein die Ansicht, daß die Organisation für sie schon zwecklos sei, weil die Gehilfenzeit doch nur als Uebergangsstadium zur Meisterschaft zu betrachten ist. Dazu kam ein frühzeitig organisiertes Unternehmertum, das 1874 durch Gründung des Innungsverbandes »Germania« sich einen festen organisatorischen Rückhalt gab. Kein Wunder, wenn unter solchen Umständen Mißmut und mangelndes Selbstvertrauen in den Reihen der Bäcker sich so stark geltend machte, daß die Berliner auf dem Verbandstage 1895 auf eine Auflösung der Organisationen abzielten. Mangelhafte Leitung und kleinliche Streitereien trugen noch ein übriges dazu bei, das Vertrauen auf die Entwicklung einer guten Organisation nicht zu heben. Doch es war gut, daß dem Pessimismus keine Konzessionen gemacht wurden. Gerade von dem Tage an hat der Verband eine ständige Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Der Verband hat in den 25 Jahren manche schwierigen Klippen geschickt umsegelt, er repräsentiert jetzt mit seinen über 18000 Mitgliedern eine ganz respektable Organisation. Seine Geschichte wird schon deshalb einen ehrenvollen Platz in der Gewerkschaftsliteratur einnehmen, weil sie ein wertvolles Dokument über die mühevollen Entwicklung und die schwierigen Kämpfe unserer deutschen Gewerkschaften bildet. Der Vorstand hat sich daher ein Verdienst erworben, als er, dem Beispiel anderer Gewerkschaften folgend, dieses Werk seinen Mitgliedern und der Öffentlichkeit vorlegte.

Photogr. Mitarbeiter.

Leit für die Interessen der Portrait-Photographen. Zentralarbeitsnachweis: Wilhelm Hänel, Berlin N. 28, Anklamertr. 27, 1. — Telefon-Amt III. 5246.

Aus den Sektionen.

Berlin. In der Generalversammlung vom 20. Januar erstattete der stellvertretende Vorsitzende den Geschäftsbericht. Nach einem kurzen Rückblick über Gründung und Entwicklung der Berliner Photographenfiliale bezeichnete er den vor etwa 1 1/2 Jahren vollzogenen Anschluß an den Senefelder-Bund als wichtigstes Moment unserer weiteren Entwicklung. Der jetzige erste Jahresbericht nach dem Anschlusse zeigt uns, daß wir die Krisen, die ständige Begleiterscheinungen einer Fusion mit einem andern Verbands sind, vollständig überwunden haben. Der infolge des hohen Beitrags erwartete Rückgang in der Mitgliederzahl ist nicht eingetreten, im Gegenteil, der Mitgliederbestand hat sich sogar erhöht. Es muß jetzt vor allen Dingen in der Agitation tüchtig weiter gearbeitet werden, um die noch große Zahl der Indifferenten für unsere Sache zu gewinnen. Eine weitere Stärkung erfuhr die Filiale durch den Anschluß der Printer und Printenmalen. In diesem Berufszweig, der mit dem unseren viel Gemeinschaftliches hat, machten sich Bestrebungen zur Gründung einer Gehilfenorganisation bemerkbar; man erkannte jedoch, daß die vorhandenen Mittel für eine eigene Verwaltung zu schwach waren, und so kam man auf Grund geführter Unterhandlungen zu einem Zusammenschluß mit unserer Filiale. Wengleich wie auch bei den Printern und Printenmalen mit einer ebenso großen Rückständigkeit zu

Chiffre-Inserate

finden auch unter der Rubrik Stellen-gesuche im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.

Stellenangebote

Tüchtige Positiv.

Retuscheure,

speziell für Maschinretusche, zum sofortigen Antritt gesucht. [3.—] J.O. Scheller & Giesecke, Leipzig, Brüderstr. 26—28. Reproduktionsanstalt.

Tüchtige Farbenätzer

für sofort gesucht. Offerten mit Zeugnissen und Lohnansprüchen an [3.—] Römmler & Jonas, G. m. b. H., Dresden-A. 16, Blasewitzerstr. 27.

Zum Abdecken von Dreifarbenplatten

wird ein Aetzer gesucht, welcher etwas Farbensinn besitzt. Gefl. Angeb. m. Gehaltsanspr. an Kirstein & Co., Leipz.-Plagwitz. [2,10]

Wir suchen sofort tüchtigen Repr.-Photographen

für Autotypie, der in Emulsion durchaus erfahren ist. Es kann nur eine allererste Kraft berücksichtigt werden. Gefl. Off. m. Zeugnisanbschr. u. Ang. d. Gehaltsanspr. an Brend'amour, Simhart & Co., Düsseldorf-Oberkassel. [3.—]

Stellengesuche

1 tüchtiger Aufzeichner wird gesucht durch den Arbeitsnachweis der Formstech. und Drucker. C. Schubart, Berlin N., Badstr. 26. [—,90]

Auto-Nachschneider,

mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut, sucht für Dresden sofort oder später dauernde Stellung. Offerten erbeten an K. Jäckel, L.-Reudnitz, Ranftschegasse 5, III links. [—,90]

Verschiedenes

Beltmässen! Befreiung garantiert sofort. Auskunft umsonst. Alter, Geschlecht angeben! Institut „sanitas“, Velberg [240] (Bay.). [128]